



Zwischen Schule und Arbeitswelt – Gemeinsam Perspektiven entwickeln und Übergänge gestalten Positionspapier der Arbeiterwohlfahrt

Die berufliche und soziale Integration aller jungen Menschen ist Ziel einer präventiven Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die nur durch das Engagement aller Beteiligten zu bewältigen ist. Die bisherigen Anstrengungen stoßen jedoch aufgrund ausgrenzender Strukturen des deutschen Bildungssystems, unterschiedlicher Zuständigkeiten, mangelnder Abstimmungen sowie fehlender Ressourcen zu oft an ihre Grenzen. Gemeinsam mit allen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren engagiert sich die Arbeiterwohlfahrt in den Kommunen, Ländern und im Bund für die Implementierung wirksamer Konzepte zur beruflichen Integration junger Menschen. Vor Ort entwickelt sie bedarfsgerechte Angebote am Übergang von der Schule in den Beruf, bindet diese in ihre wohlfahrtsverbandlichen Aktivitäten ein und setzt sie in Kooperation mit den regionalen Akteuren um.

Die Arbeiterwohlfahrt unterstützt mit der hier formulierten Position den aktuellen fachpolitischen Diskurs und beschreibt Perspektiven ihres Engagements für einen erfolgreichen Übergang aller jungen Menschen von der Schule in den Beruf.

Perspektiven für junge Menschen in den Regionen entwickeln

Regionen brauchen qualifizierte Fachkräfte und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Junge Menschen wollen lernen, arbeiten und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Gelingt es in den Regionen, für die jungen Menschen und gemeinsam mit ihnen attraktive berufliche Perspektiven zu entwickeln, wird auch der jeweilige Wirtschafts- und Sozialraum gestärkt. Dazu bedarf es vor Ort eines klaren politischen Bekenntnisses zur beruflichen Integration aller jungen Menschen. Die dafür notwendigen materiellen, personellen und finanziellen Ressourcen sind bereitzustellen und alle relevanten Akteure, insbesondere die regionale Wirtschaft, sind einzubeziehen.

Alle jungen Menschen in Ausbildung und Arbeit integrieren

Regionale Konzepte zur beruflichen Integration zielen auf den Erfolg aller jungen Menschen. Sie verbessern die Qualität regionaler Bildungslandschaften, die insbesondere durch das Zusammenwirken der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen, der Betriebe und Kammern, der arbeitsmarktpolitischen Akteure und der Jugendhilfe geprägt sind. Sie streben gleiche Bildungschancen an und vermeiden die Ausgrenzung junger Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Sie widmen der Förderung junger Menschen mit schlechteren Startchancen, vor allem derjenigen mit Migrationshintergrund, besondere Aufmerksamkeit. Im Sinne eines umfassenden Ansatzes, der alle jungen Menschen erreicht, gehen sie jedoch bewusst darüber hinaus.

Regionale Kompetenzen bündeln und gemeinsam Verantwortung übernehmen

Alle Akteure in der Region tragen eine gemeinsame Verantwortung für die berufliche Integration junger Menschen, die über ein formales Denken und Handeln in Zuständigkeiten hinausgeht. Dazu zählen neben Politik und Wirtschaft insbesondere die Schulen, die öffentliche und freie Jugendhilfe, die Träger der Grundsicherung und die Arbeitsagenturen, die Träger der Jugendsozialarbeit, die Migrations- und Integrationsfachdienste, Migrant/-innenselbstorganisationen, Wohlfahrtsverbände sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger. Die Einbindung dieser Akteure und die Steuerung der regionalen Planungs- und Abstimmungsprozesse erfolgen in kommunaler Verantwortung und sind durch eine neutrale, politisch legitimierte Instanz wahrzunehmen.

Individuelle Übergangsbegleitung mit strukturellem Management verknüpfen

Die berufliche und soziale Integration junger Menschen erfordert einen regional abgestimmten, fachlich fundierten und aufeinander bezogenen Ansatz, der die Planungs- und Steuerungsprozesse systematisch mit der Entwicklung von Angeboten und dem Management von Schnittstellen verknüpft. Individuelle Übergangsbegleitung und strukturelles Management sind miteinander zu entwickeln und abzustimmen. Die dabei durchaus angestrebten standardisierten Angebote und Strukturen sind im Interesse der jungen Menschen so flexibel zu handhaben, dass sie Freiräume zur Selbstorganisation sowie für individuelle Integrations- und Entwicklungswege zulassen.

Bedarfsgerechte Angebote verlässlich umsetzen

Regionale Konzepte zur beruflichen Integration junger Menschen unterstützen den direkten Übergang von der Schule in den Beruf und ermöglichen bei Bedarf sinnvolle Zwischenschritte. Sie setzen frühzeitig – spätestens in Klasse 7 – ein und verknüpfen die Berufsorientierung, die Berufsvorbereitung und –ausbildung sowie die berufliche Nachqualifizierung systematisch miteinander. Die Akzeptanz der jungen Menschen in ihrer aktuellen Lebenssituation, das Anknüpfen an ihren Stärken, eine individuelle Begleitung, die Einbindung der Eltern, der enge Bezug zur Wirtschaft sowie die Transparenz der Angebote und ihrer Wirksamkeit zählen zu den wichtigsten Qualitätsstandards.

Entscheidend für die erfolgreiche berufliche Integration junger Menschen ist die Stärkung regionaler Kooperations- und Angebotsstrukturen. Die Länder in ihrer Zuständigkeit für die allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen müssen ebenso wie die Bundesagentur für Arbeit mit ihren Agenturen vor Ort, die Träger der Grundsicherung und der öffentlichen Jugendhilfe die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Um die erforderliche Qualität und Kontinuität der Angebote am Übergang von der Schule in den Beruf zu gewährleisten, müssen die besonderen Erfordernisse sozialer Dienstleitungen auch in vergaberechtlichen Verfahren berücksichtigt werden.

Engagement der Arbeiterwohlfahrt für die berufliche und soziale Integration junger Menschen

- Die AWO räumt der beruflichen Integration aller jungen Menschen oberste Priorität ein und übernimmt dafür eine (Mit-)Verantwortung. Sie setzt sich auf kommunaler, auf Landes- und Bundesebene aktiv für eine optimale Gestaltung der Übergänge von der Schule in den Beruf ein.
- Die AWO stärkt junge Menschen und ermutigt sie, ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Sie steht ihnen dabei in allen Lebensbereichen unterstützend zur Seite.
- Die AWO reagiert flexibel auf aktuelle Bedarfe in der Region und setzt qualitativ hochwertige Angebote zur beruflichen Integration junger Menschen um. Als moderner Wohlfahrtsverband verknüpft sie diese zielgerichtet mit Angeboten zur persönlichen und sozialen Integration, wie bspw. familienunterstützenden Angeboten, Beratungen sowie ehrenamtlichen Tätigkeiten.
- Die AWO verfügt über ein umfassendes Methodenrepertoire in der beruflichen Integrationsförderung und entwickelt dieses kontinuierlich weiter. Die Qualität der Angebote wird durch die interkulturelle Öffnung ihrer Einrichtungen und Dienste sowie durch eine kontinuierliche Personal- und Organisationsentwicklung gesichert. Mit dem "Integrierten Potenzial-Assessment" eröffnet die AWO neue Wege am Übergang von der Schule in den Beruf.
- Die AWO agiert in regionalen Bildungsnetzwerken, die eine abgestimmte Entwicklung und Umsetzung von Angeboten bei gleichzeitiger Spezialisierung der Beteiligten ermöglichen. Durch die gemeinsame Interessenvertretung und Lobbyarbeit gegenüber der Politik und Verwaltung, bspw. in den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, den Jugendkonferenzen und regionalen Beiräten wirkt sie auf verlässliche Strukturen und bedarfsgerechte Angebote am Übergang von der Schule in den Beruf hin.

Literatur

AWO Bundesakademie (2007): Zwischen Schule und Arbeitswelt – Regionale Konzepte zur Unterstützung der beruflichen Integration junger Menschen (Tagungsdokumentation), Berlin

AWO Bundesverband e.V. (2007): Das Integrierte Potenzial-Assessment im Übergang Schule Beruf – AWO-Rahmenkonzeption, Bonn

Bertelsmann Stiftung, Hrsg. (2007): Leitfaden lokales Übergangsmangement. Von der Problemdiskussion zur praktischen Umsetzung. Gütersloh

Stuckstätte, Eva Christina (2007): Gemeinsame Perspektiven schaffen! Arbeitshilfe zum Aufbau und zur Weiterentwicklung kommunaler Koordinierungs- und Planungsprozesse im Übergangssystem Schule – Beruf. Münster

Weinheimer Initiative (2007): Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung – Eine öffentliche Erklärung. Weinheim

verabschiedet von der Geschäftsführerkonferenz

Berlin, im Juni 2008